

Antrag

öffentlich

Datum

03.03.2017

Nummer

A0051/17

Absender

SR René Hempel, SR Dennis Jannack, SRn Jenny Schulz, SR Chris Scheunchen

Fraktion DIE LINKE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

16.03.2017

Kurztitel

Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Der Stadtrat möge beschließen:

Vor dem Hintergrund von Sammelabschiebungen nach Afghanistan und der verschärften Sicherheitslage vor Ort fordert der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die Bundesregierung auf, das zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelte Rückübernahmeabkommen vom 02.10.2016 zurückzunehmen.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg appelliert an die Landesregierung Sachsen-Anhalts:

- von Abschiebungen nach Afghanistan abzusehen,
- sich auf Bundesebene für die Aufkündigung des Rücknahmeabkommens und für ein Ende der Abschiebungen nach Afghanistan einzusetzen,
- sich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dafür einzusetzen, dass die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan bei allen Entscheidungen über Anträge von Personen aus Afghanistan berücksichtigt wird.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg fordert die Stadtverwaltung auf, bei abgelehnten AsylbewerberInnen aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleibereichtsperspektive, wie der humanitäre Aufenthalt und die verlängerte Duldung, zu prüfen.

Die Ausländerbehörde soll alle Betroffenen aktiv darauf hinweisen, dass sie auch externe Beratung in Anspruch nehmen können, um mit einem Folgeantrag eine Verlängerung ihrer Duldung zu erreichen.

Begründung:

Am 14. Dezember 2016, 23. Januar 2017 und 22. Februar 2017 hat Deutschland Sammelabschiebungen nach Afghanistan durchgeführt. Weitere Abschiebungen in das von Krieg und Anschlägen gezeichnete Land sind geplant. Die Sicherheitslage für ZivilistInnen hat sich in den vergangenen zwei Jahren laut UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) drastisch verschlechtert. Nichtsdestotrotz plant die Bundesrepublik in den nächsten Jahren etwa 40.000 Menschen dorthin abzuschicken. Der Afghanistan-Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen stellt fest, dass „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifizierungsrichtlinie betroffen“ ist. Auch die Gesamtzahl der getöteten oder verletzten Zivilisten hat einen neuen Höchststand erreicht. Insgesamt sind laut UN-Bericht vom 6. Februar 2017 im vergangenen Jahr 11.418 Unbeteiligte getötet oder verletzt worden.

Afghanistan ist nicht sicher. Eine Abschiebung von Menschen in dieses Land bedeutet nicht nur Elend und Leid für die Betroffenen, sondern auch die Inkaufnahme des möglichen Todes der abgeschobenen Flüchtlinge. Nach Ansicht der Antragssteller verstößt dies gegen die Würde des Menschen und das Recht auf Leben.

Dennis Jannack
Stadtrat

Jenny Schulz
Stadträtin

René Hempel
Stadtrat

Chris Scheunchen
Stadtrat